

Haderer/20

ES IST NICHT mehr zu ertragen!



Foto: Klaus Oberst

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Bessere Politik nur durch eine **starke Union**

„Deutschland braucht dringend den Kurswechsel.“ Auf seiner ersten Pressekonferenz im neuen Jahr am 9. Januar zieht Generalsekretär Laurenz Meyer diesen Schluss aus einem neuen Rekord der Arbeitslosenzahlen und einer rot-grünen Politik mangelnder Entschlusskraft und der Tatenlosigkeit.

Um den Bürgerinnen und Bürgern das ganze Ausmaß

des Versagens der Schröder-Regierung vor Augen zu führen und ihnen vor allen Dingen die Konzepte der besseren Politik der Union vorzustellen, gab der Generalsekretär in Berlin das Startzeichen für eine Kampagne, deren Höhepunkt eine bundesweite Aktionswoche aller Orts- und Kreisverbände der CDU vom 25. Januar bis zum 1. Februar sein wird.

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ZUM JAHRESWECHSEL

Angela Merkel an die Mandats- und Funktions-träger der CDU: Dieser Regierung steht eine starke Opposition gegenüber

SEITE 3 - 5

DOKUMENTATION:

Angela Merkel: Das Verhältnis von Bürger und Staat neu austarieren. Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

INNENTEIL

Laurenz Meyer: Zwei Botschaften stehen im Mittelpunkt der Kampagne:

- Rot-Grün führt unser Land weiter in die Krise.
- Nur eine starke Union erhöht die Chancen für eine bessere Politik in Deutschland.

Das Ziel unserer Kampagne:

Kurswechsel für Deutschland. Eine wichtige Etappe auf dem Weg dahin werden die Wahlsiege von Roland Koch und Christian Wulff bei den Landtagswahlen am 2. Februar in Hessen und in Niedersachsen sein.

Die Materialien:

Für Aktionen und Veranstaltungen stehen den Gliederungen der CDU zur Verfügung: ■ Plakate (DIN A1/ DIN A0 sowie als Wandzeitung) ■ das Verteilmittel „Das kostet Sie Rot-Grün“.

Aktionszeitung:

Jedem Kreisverband außerhalb von Hessen und von Niedersachsen hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle für



die Teilnahme an der Aktionswoche – auf Bestellung – ein kostenloses „Startpaket“ angeboten. Es enthält 500 Exemplare einer vierseitigen Aktionszeitung (siehe auch Seite 21).

Online:

Im CDUNet stehen für die Kampagne zur Verfügung: ■ Muster-Rede ■ Muster-Pressemittelungen ■ Argu-Karten ■ Aktionsvorschläge ■ aktuelle Flugblätter und ■ Vorlagen für Kleinanzeigen.

Über die öffentliche Website www.cdu.de bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Aktionsplattform und einen E-Mail-Newsletter an.

Meine herzliche Bitte an die Partei:

Beteiligen Sie sich an dieser Aktionswoche. Nutzen Sie die große Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Medien unmittelbar vor den Landtagswahlen, um unsere Anhänger zu mobilisieren.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Angela Merkel: Dieser Regierung steht eine **starke Opposition** gegenüber

Liebe Freunde,

ein arbeits- und ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Wir haben gemeinsam einen langen und harten Bundestagswahlkampf geführt. Unser großes Ziel, die Ablösung der rot-grünen Bundesregierung und die Übernahme der Regierungsverantwortung für Deutschland, haben wir am Ende leider nicht erreichen können. Seit dem 22. September wird deshalb klarer denn je: Diese Regierung braucht eine starke Opposition, die ihre Kontrollfunktion kraftvoll wahrnimmt und falscher Politik entschieden Widerspruch entgegensetzt.

Das Land braucht eine schlagkräftige CDU

Dieses Land braucht eine starke, selbstbewusste CDU, die ihre Alternativen für eine bessere Politik in Deutschland klar und vernehmbar formuliert. Dieses Land braucht eine schlagkräftige CDU, die sich den notwendigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner entschlossen stellt und sozialdemokratische



Brief der Parteivorsitzenden zum Jahreswechsel an die Mandats- und Funktionsträger der CDU

Allmachtsphantasien, wie sie in dem unsäglichen Spruch des SPD-Generalsekretärs von der „Lufttheit über den Kinderbetten“ zum Ausdruck kommen, in die Schranken weist.

Dazu haben wir mit der vergangenen Bundestagswahl die Grundlagen verbessert. Die Union aus CDU und CSU hat sich im Wahlkampf, aber auch darüber hinaus, in großer personeller und programmatischer Geschlossenheit präsentiert. Dies ist ein Pfund, mit dem wir auch in Zukunft wuchern können. Gemeinsam haben wir uns ein Wahlergebnis erarbeitet, das uns wieder auf gleiche Augen-

höhe mit dem politischen Gegner gebracht hat. Wir alle wissen, dass dies nach den schwierigen Problemen, die wir in den zurückliegenden Jahren zu bewältigen hatten, keineswegs selbstverständlich war. Dazu haben viele ihren Beitrag geleistet, ganz maßgeblich vor allem aber Sie und Ihre Mitstreiter mit Ihrem Engagement in den Landes-, den Bezirks-, den Kreis- und Ortsverbänden sowie den Vereinigungen unserer Partei. Dafür sage ich Ihnen ein ganz herzliches Wort des Dankes.

Hoch motiviert und zuversichtlich

Unsere Freunde in Hessen und Niedersachsen stehen bereits wieder mitten in einem Wahlkampf. In wenigen Wochen schon, am 2. Februar, werden in diesen beiden wichtigen Bundesländern die Landtage gewählt. Die CDU tritt in beiden Ländern mit hervorragenden Spitzenkandidaten an, unsere Partei ist hoch motiviert und zuversichtlich. In Hessen hat Roland Koch als Ministerpräsident

eine beeindruckende Leistungsbilanz vorzuweisen. Unter seiner Führung, unter der Führung der CDU ist es gelungen, aus Hessen in den vergangenen vier Jahren ein Erfolgsland zu machen. Am 2. Februar geht es deshalb darum, dass Roland Koch als Ministerpräsident bestätigt wird und Hessen in der Erfolgsspur bleibt. Am 2. Februar geht es aber auch um einen Wechsel, und zwar in Niedersachsen: für einen kompetenten und seriösen Ministerpräsidenten, für eine bessere und erfolgreichere Politik für dieses Land und seine Menschen. Dafür steht Christian Wulff mit seiner Mannschaft.

Rot-Grün hat jedes Vertrauen verspielt

Liebe Freunde, wohl nie zuvor hat eine wieder gewählte Bundesregierung so rasant Vertrauen verspielt und Erwartungen getäuscht wie Rot-Grün in diesem Jahr. Die Bürger unseres Landes erleben seit dem Wahltage eine Regierung, die erkennbar ohne jede Richtung, ohne tragfähige Konzepte und ohne gestaltende Kraft ist, eine Koalition, deren innere Bindewirkung sich mittlerweile auf den bloßen Machterhalt redu-

ziert hat. Politische Beobachter und Experten sind sich einig wie selten: Der von der Regierung eingeschlagene Kurs in den Steuer-, Abgaben- und Schuldenstaat löst keines unserer Probleme in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, sondern verschärft sie zusätzlich.

Führt der politische Kurs von Rot-Grün, soweit er überhaupt erkennbar ist, in die falsche Richtung, so ist der politische Stil der Koalition – Lug und Trug im Wahlkampf, chaotische Entscheidungsfindungsprozesse, rücksichtslose Unterordnung aller Sachfragen unter Partei- und Machtinteresse – dazu angetan, Frust und Verdruss in der Bevölkerung zu fördern, Vertrauen in politische Führungs- und Gestaltungskraft zu schwächen, das Ansehen von Politikern und Parteien zu schädigen.

Wettbewerb um die besten Köpfe

In der Sache ist unsere Haltung klar: Die Vorschläge von CDU und CSU für ein Zuwanderungsgesetz liegen auf dem Tisch. Die Zuwanderung nach Deutschland muss begrenzt und gesteuert werden. Wir

wollen den Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir lehnen eine ungesteuerte Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme ab. Vielmehr treten wir entschieden dafür ein, die Integration der hier in Deutschland bereits lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern. Diesen Kriterien muss die Arbeit für ein Zuwanderungsgesetz in den nächsten Wochen und Monaten gerecht werden.

Mit dem Zuwanderungsgesetz ist auch das letzte der so genannten „Reform“-Projekte von Rot-Grün gescheitert. Auch die Steuerreform ist mit ungewissem Ausgang verschoben worden, das Scheinselbstständigengesetz gleichsam abgeschafft, die alte 630-DM-Job-Regelung hinfällig geworden, und die so genannte Jahrhundertreform bei der Riester-Rente hat nicht einmal ein Jahr Bestand gehabt. Das ist Bilanz von vier Jahren Rot-Grün, die wir zu den Menschen tragen werden.

In dieser Situation setzen mehr und mehr Menschen ihre Hoffnungen wieder in uns, die CDU. Wir werden sie nicht enttäuschen. Wir wissen: Wir tragen eine große Verantwortung für dieses Land. Wir sind bereit und in der Lage, diese Verantwortung tatkräftig und

UMFRAGE: Knapp vier Wochen vor den Landtagswahlen in Hessen und in Niedersachsen liegt die CDU nach einer Forsa-Umfrage weit vor den Sozialdemokraten. ■ Wenn die Wahlen heute stattfinden würden, käme die CDU in Hessen auf 47 Prozent und erhielte 15 Prozent mehr als die SPD. ■ In Niedersachsen hätte die CDU einen Vorsprung von zehn Prozent und käme auf 46 Prozent aller Wählerstimmen: gegenüber dem Ergebnis bei den Landtagswahlen 1998 ein Zugewinn von ebenfalls zehn Prozent.

wirksam wahrzunehmen. Dabei werden wir, wie wir dies beispielsweise im Vermittlungsausschuss beim Thema Mini-Jobs getan haben, immer dort konstruktiv und kooperativ mitwirken, wo dies in der Sache vernünftig und im Interesse unseres Landes ist.

Unsere Alternative dagesetzen

Dort, wo die Politik von Rot-Grün in die falsche Richtung geht und die Probleme unseres Landes verschärft, werden wir uns kritisch und mit gebotener Schärfe mit Rot-Grün auseinandersetzen und unsere politische Alternative dagesetzen.

Diese Alternative bietet die Union zum einen mit ihrem nach wie vor gültigen Regierungsprogramm an. Zum anderen nutzen wir die vor uns liegende Legislatur-

periode, unseren Weg der programmatischen Weiterentwicklung fortzusetzen. Besonders intensiv werden wir uns mit der demographischen Entwicklung zu befassen haben. Wenn wir 2006 vor die Wähler treten, werden wir Auskunft geben müssen über unsere Gestaltungsvorschläge bis zum Jahre 2010. Dann wird absehbar sein, dass die Zahl der über 60jährigen Menschen eine Mehrheit in der Gesellschaft bildet. Diese Entwicklung hat weitreichende Konsequenzen für unser Gesundheitswesen wie für die Systeme der Alterssicherung. Zugleich werden wir gesellschaftliche Veränderungsprozesse erleben, die auch zu politischen Konsequenzen führen müssen. Hier kommen Fragen auf uns zu, für die wir jetzt beginnen müssen, Lösungswege zu entwickeln. Der CDU-Bundesvorstand hat deshalb eine Kommission

zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme eingesetzt, die ihre Arbeit im Januar aufnehmen und ihre Ergebnisse Ende nächsten Jahres vorlegen wird.

Ich zähle auch weiterhin auf Ihr Engagement und Ihre Hilfe

Liebe Freunde, ich kann Ihnen nicht versprechen, dass das neue Jahr 2003 weniger arbeitsreich wird als das abgelaufene Jahr. Nach den Wahlen im Februar stehen im Mai und September wichtige Landtagswahlkämpfe unserer Freunde in Bremen und der CSU in Bayern an. Im Bund nehmen wir die uns zugewiesene Aufgabe mit Tatkraft und Konsequenz wahr. Wir sind die bessere politische Alternative für unser Land und seine Menschen. Dazu zähle ich auch weiterhin auf Ihr Engagement und auf Ihre Unterstützung. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Ihren Freunden ein erfolgreiches Neues Jahr und Gottes Segen.

Mit freundlichen Grüßen

Carpela Neukel

Wir wollen **Brücken des Dialogs** in alle Gruppen der Gesellschaft hinein bauen

Der Bundesvorstand setzt zur Verbesserung der politischen Arbeit der CDU Deutschlands eine Kommission „Bürgerpartei“ unter Leitung des Generalsekretärs ein.

Auf dem Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft erleben wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen rasanten Wandel unserer Gesellschaft. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch an der Art und Weise, wie Menschen heute bereit sind, Bindungen dauerhaft einzugehen; es zeigt sich gleichermaßen an den sich gegenüber früher veränderten Kommunikationsmöglichkeiten.

Alle Organisationen, auch die politischen Parteien, stehen vor der Herausforderung, aus diesen Veränderungen Schlüsse für ihre eigene Arbeit zu ziehen. Die CDU tut dies auf der Grundlage ihres Menschenbildes und ihrer wertgebundenen Grundsätze. Unser Ziel ist es, Brücken des Dialoges in alle Gruppen der Gesellschaft hinein zu bauen, um eine gültige Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus formulieren zu können.

**BESCHLUSS DES
BUNDES-
VOR-
STANDS AM
16. DEZEMBER**

Der Bundesvorstand erwartet von der Kommission einen Bericht, der in einem umfassenden, über Satzungsfragen hinausgehenden Ansatz die vielschichtigen Dimensionen politischer Arbeit untersucht und Wege und Strategien zur Optimierung beschreibt. Beispielhaft weist der Bundesvorstand auf folgende Fragestellungen hin:

1. Alle Großorganisationen – ausgenommen der Sport – leiden unter Mitgliederschwund. Die Bereitschaft, sich zu binden, nimmt ab. Das ehrenamtliche Engagement in vielen Bereichen ist nach wie vor groß. Das parteipolitische Engagement allerdings geht zurück. Wie kann die CDU das politische Engagement befördern, wie kann eine Mitgliedschaft in der CDU in neuer Weise wieder attraktiv gemacht werden? Welche Möglich-

keiten gibt es, die Rechte der Mitglieder in der CDU zu stärken? In welchen Feldern kann die CDU engagementbereiten Bürgern über die Mitgliedschaft hinaus Handlungsmöglichkeiten anbieten? Wie kann sie an politischen Themen interessierten Mitgliedern und Anhängern ein besseres Forum bieten? Wie kann sich die CDU wieder stärker im vopolitischen Raum verwurzeln?

2. Die Mitgliedschaft der CDU altert; es steht zunehmend weniger politischer Nachwuchs bereit. Welche Möglichkeiten hat die CDU, gezielt junge Menschen für sich zu gewinnen und in politische Verantwortung zu bringen? Wie kann Politik auch für Quereinsteiger attraktiv gemacht werden? Wie kann auch die derzeit in vielen Bereichen fehlende mittlere Generation für die CDU gewonnen werden? Wie können die Mitglieder argumentativ gestärkt und weitergebildet werden? Mit welchen Zielen und Instrumenten folgt die CDU dem auch in anderen Bereichen

üblichen Trend zur Professionalisierung? Wie gelingt dabei die Verzahnung gut geschulter Hauptamtlicher mit den ehrenamtlich Tätigen?

3. Die Individualisierung von Lebensstilen und Interessen nimmt zu. Die Bürger erwarten immer häufiger, dass politische Parteien individuelle Wünsche und Vorstellungen möglichst punktgenau bedienen. Wie kann sich die CDU weiterentwickeln zum offenen Dienstleister auch für individuelle Anfragen? Wie können in der Wirtschaft übliche Methoden des Kundenbeziehungs-Managements auf die politische Arbeit übertragen werden? Muss die CDU auf die zunehmende Zahl von Menschen, die nicht mehr über eine traditionelle Biographie verfügen, auf eine andere Art zugehen? Müssen Rückschlüsse aus veränderten Lebensverhältnissen und dem gewandelten Lebensgefühl gezogen werden, wie es vor allem in Großstädten zu beobachten ist?

4. Die Organisationskraft der CDU in den neuen Ländern ist zu verbessern. Eine regionalspezifische Ursachenanalyse sowie entsprechende Verbesserungsvorschläge sind zu erarbeiten.

Drama auf dem Arbeitsmarkt. Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Friedrich Merz:** „Wir werden die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Mio. senken“, das war das Versprechen Schröders. Davon ist nichts übrig geblieben. 4,225 Mio. Arbeitslose, also über 700.000 mehr als vom Kanzler versprochen – das ist die traurige Bilanz. 700.000 Einzelschicksale, die ihre Hoffnungen in die Worte des Kanzlers gesetzt haben. Falsche politische Weichenstellungen, Reformunfähigkeit bei der Bewältigung der Krise der sozialen Sicherungssysteme, Steuererhöhungen statt der notwendigen Steuerentlastungen und mangelndes Wirtschaftswachstum sind die Gründe, die jetzt den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

5. Der Bundesvorstand erwartet auch Vorschläge zu der Frage, wie in Deutschland – oft auf Lebenszeit – lebende Ausländer stärker als bisher in die Arbeit der CDU einbezogen werden können.

6. Die Bedingungen für die politische Kommunikation haben sich tiefgreifend verändert. Das Internet liefert nur ein Beispiel dafür, dass das Kommunikationsverhalten der Menschen vielfältiger, differenzierter und interessenorientierter geworden ist. Welche Konsequenzen müssen aus dieser Entwicklung im Hinblick auf Transparenz, Teilhabe und Mitentscheidung gezogen werden? Welche neuen Möglichkeiten ergeben sich, um Mitglieder und Nichtmitglieder in Kommu-

nikations- und Entscheidungsprozesse einzubinden? Wie kann die Selbstdarstellung der CDU im Rahmen neuer Kommunikationsmethoden verbessert werden?

Die Kommission wird beauftragt, dem Bundesvorstand bis Ende Mai einen Bericht vorzulegen und dazu Analysen und Vorschläge aus Partei und Wissenschaft zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieses Berichtes wird der Bundesvorstand im Juni 2003 einen Antrag an den 17. Parteitag im Herbst vorlegen.

Die antragsberechtigten Gliederungen sollen somit ausreichend Gelegenheit erhalten, den Antrag des Bundesvorstands zu diskutieren und Änderungs- und Ergänzungsanträge einzubringen.

Ein voller Erfolg für die Union: Nebenjobs lohnen sich wieder!

Die Union sorgt für Bewegung auf dem Arbeitsmarkt! Bei den Gesprächen mit Rot-Grün über die geplanten „Hartz“-Gesetze hat die Union hart verhandelt – und wichtige Reformvorschläge gegen die rot-grünen Blockierer durchgesetzt.

Größter Erfolg: Die früheren „630-Mark-Jobs“ kommen wieder – in noch attraktiverer Form. Das hat die Union für die Menschen in Deutschland erreicht:

■ **Nebenjobs lohnen sich wieder:** Zum 1. April 2003 kommen die „400-Euro-Jobs“. Dann lohnt es sich endlich auch wieder, einen Nebenjob bis 400 Euro anzunehmen. Rot-Grün hatte die alten „630-Mark-Jobs“ de facto abgeschafft. Die Folge: 600.000 Jobs fielen weg, so eine Studie der Unternehmensberatung Kienbaum (Handelsblatt vom 6. 11. 02). Von 2003 an wird es endlich wieder kleine Jobs geben, die sich lohnen – in allen Branchen. Die Union hat sich mit der Forderung nach „400-Euro-Jobs“ durchgesetzt. Arbeit-

nehmer zahlen bei den neuen „400-Euro-Jobs“ keine Steuern und Sozialabgaben. Arbeitgeber entrichten einen Pauschalbetrag in Höhe von 25 Prozent.

■ **Jobs bis 800 Euro werden attraktiver:** Für Jobs im Bereich 401 bis 800 Euro werden die Sozialabgaben gesenkt. Auf diese Weise

400-EURO-JOBS

können – zusätzlich zu den „400-Euro-Jobs“ – viele neue Jobs im so genannten „Niedriglohnsektor“ entstehen. Der Arbeitgeber zahlt 21 Prozent Sozialversicherungsbeiträge, der Arbeitnehmer je nach Höhe des Verdienstes zwischen 4 und 21 Prozent – damit sich Arbeit gegenüber dem Bezug von Sozialleistung lohnt.

■ **Jobs im Haushalt werden besonders gefördert:** Damit zusätzliche Anreize für Familien entstehen, beispielsweise die Putzfrau aus der Schwarzarbeit zu holen, können künftig bis zu 2.400 Euro jährlich an Ausgaben

für haushaltsnahe Dienstleistungen von der Steuer-schuld abgezogen werden. Bei haushaltsnaher Beschäftigung als „400-Euro-Job“ betragen die pauschalen Abgaben nur 12 Prozent und sind für den Auftraggeber bis zu 510 Euro von der Steuerschuld abziehbar.

■ **Gesetz gegen „Scheinselbstständigkeit“ in zentralen Punkten entschärft:** Rot-Grün hat das Gesetz gegen „Scheinselbstständigkeit“ eingeführt. Es wurde zum bürokratischen Monster – und zum Hemmschuh für Existenzgründer. Zum Jahreswechsel wird das Gesetz gegen „Scheinselbstständigkeit“ nun in zentralen Punkten entschärft:

Die Union hat sich mit der Forderung nach weniger Bürokratie durchgesetzt. Experten rechnen damit, dass durch diese Reformen endlich neue Arbeitsplätze entstehen – und viele Menschen endlich aus der Schwarzarbeit geholt werden können. Ein Riesenerfolg – weil die Union vernünftige Konzepte für Deutschland hat. 

DIETRICH AUSTERMANN:

Der **Transrapid** ist im Ausland „in“, im Inland leider „out“

Rund 2,5 Mrd. DM hat die Entwicklung des Transrapid in Deutschland gekostet, weitere 200 Mio. DM wurden an China als Entwicklungshilfe geleistet, um nach dem Stopp der zum Teil bereits planfestgestellten Strecke Hamburg-Berlin durch die rot-grüne Bundesregierung wenigstens im Ausland eine Anwendungsstrecke zu ermöglichen.

Kanzler Schröders Besuch mit umfangreicher SPD-Staffage auf Steuerzahlerkosten in China zur Eröffnung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Transrapid in Deutschland „out“ und nur im Ausland „in“ ist. Dafür spricht auch die bescheidene Anlauffinanzierung der bis heute nicht haushaltsreifen Strecken in Bayern und NRW im Entwurf des Bundeshaushalts 2003.

In Chinas *boom town* Shanghai nähert sich die Transrapid-Strecke zwischen Stadtzentrum und Flughafen Pudong der Fertigstellung. Dieses Ereignis ist für die Chinesen und die deutschen Entwickler so er-

freulich, dass sich Bundeskanzler Gerhard Schröder zum Jahreswechsel vor Ort in die Sonne der raschen Realisierung des Projektes gestellt hat. Über weitere Verbindungen zwischen chinesischen Großstädten wird diskutiert.

Immer noch Streit um die Anwendungs- strecken

Dies wirft allerdings die Frage auf, weshalb der Transrapid bis heute in Deutschland nicht wirklich vorangekommen ist. Nach dem Stopp der Nordverbindung von Hamburg nach Berlin durch Rot-Grün steht inzwischen zumindest die kleinere Alternative eines Metrorapid auf der Kippe, weil die Finanzierung nicht funktioniert. In Deutschland kommt der Transrapid nicht in Fahrt. Der Streit um die Anwendungsstrecken, insbesondere um deren Finanzierung bzw. die jeweiligen Finanzierungsanteile, ist unverändert nicht beigelegt.

Aus einer Antwort der Bundesregierung vom De-

zember auf meine parlamentarische Anfrage geht hervor, dass die Bundesregierung der Volksrepublik China 2001 einen projektungebundenen Zuschuss in Höhe von 200 Mio. DM aus Entwicklungshilfemitteln gewährt hat. Die chinesische Regierung hat diese Mittel unter anderem zum Kauf von Lizenzen im Bereich der Transrapid-Technologie eingesetzt. In China gibt es also die erste Anwendungsstrecke für den Transrapid – und China erwirbt Lizenzrechte für diese Technologie. Wenn China weitere Strecken baut und dabei die erworbenen Lizenzen weiterentwickelt, kann man den Zeitpunkt absehen, an dem Deutschland für eine Technologie, die es ursprünglich selber mit hohen Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt entwickelt hat, Lizenzgebühren an China wird zahlen müssen!

Es wird höchste Zeit, dass die Bundesregierung dafür sorgt, dass die Transrapid-Technologie auch in Deutschland auf einer geeigneten Strecke weiterentwickelt wird. **UD**

KATHERINA REICHE:

Bundeskanzler Schröder hat sein Ausbildungsversprechen **gebrochen**

Zur katastrophalen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erklärte die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach der Bundesregierung vorliegenden, aber von ihr nicht veröffentlichten Zahlen lag im Berufsberatungsjahr 2001/2002 die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber (23.400, gegenüber dem Vorjahr +14,3 %) weit über dem Bestand (18.000, gegenüber dem Vorjahr -26,6 %) an unbesetzten Berufsausbildungsstellen.

Erneut weniger Jugendliche registriert

Dabei ist die tatsächliche Lehrstellenlücke sogar noch größer. Wie in den Vorjahren haben sich erneut weniger Jugendliche (-3,6 %) zur Vermittlung einer Ausbildungsstelle bei den Arbeitsämtern registrieren lassen, obwohl die Zahl der Schulabgänger in diesem Jahr bundesweit um 2,6 % oder 23.600 gegenüber dem



Vorjahr gestiegen ist. Besonders schlimm ist die Situation in den neuen Ländern. Das Ausbildungsstellenangebot hat sich weiter deutlich verringert. Die Zahl der nicht vermittelten Bewerber ist stark auf 8.800 (+1.400 oder +19,6 %) angestiegen. Den Arbeitsämtern im Osten wurden 111.400 Ausbildungsstellen (-10.000 oder -8,2 %) gemeldet, darunter 70.000 betriebliche Ausbildungsstellen (-9.300 oder -11,7 %). Die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen ist um 800 oder 1,8 % auf 41.500 gesunken. Demgegenüber standen 205.300 Bewerber um einen Ausbildungsplatz.

In allen Arbeitsamtsbezirken Ostdeutschlands war die Zahl der gemeldeten Stellen geringer als die Zahl

der gemeldeten Bewerber. Auch in Berlin ist die Situation für die Jugendlichen schwieriger geworden. Knapp zwölf (Vorjahr neun) nicht untergebrachten Bewerbern steht lediglich eine unbesetzte Ausbildungsstelle gegenüber. In den östlichen Bezirken Berlins kommen 5 Bewerber auf eine freie Lehrstelle. Vor allem für Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben sich die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt weiter verschlechtert. Besonders ungünstig sieht es für ostdeutsche Hauptschüler aus, deren Anteil an den Bewerbern 21,2%, an den nicht vermittelten Bewerbern dagegen 34,9% beträgt.

Mobilität auf sehr hohem Niveau

In den neuen Bundesländern ist die Mobilitätsbereitschaft nach wie vor auf einem sehr hohem Niveau. Von den 121.500 Bewerbern mit Wohnort in den neuen Ländern, die in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet sind, haben rund

23.100 eine Ausbildungsstelle außerhalb des eigenen Arbeitsamtsbezirks aufgenommen. Dies entspricht einem Anteil von 19,0 Prozent (1998: 13,7%; 1997: 12,1 %).

Aus den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sind 14.650 Ausbildungssuchende in einem Arbeitsamtsbezirk der alten Länder in eine Berufsausbildung eingemündet. Aufnehmende Regionen waren hier insbesondere Bayern (4.000 Einmündungen von Jugendlichen aus den neuen Ländern), Niedersachsen (3.200), und Baden-Württemberg (1.800).

Hinter den dramatischen Zahlen verbergen sich viele persönliche Einzelschicksale. Wenn sich die Bundesregierung effektiver für zusätzliche Ausbildungsplätze eingesetzt hätte, bräuchten sich jetzt nicht so viele junge Menschen – und mit ihnen ihre Familien – so große Sorgen um ihre Zukunft zu machen. Besonders schlimm ist die Situation in den neuen Bundesländern.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat diese Jugendlichen mit ihren Sorgen allein gelassen. Das Versprechen im Bündnis für Arbeit: „Alle Jugendlichen, die können und wollen, erhalten einen

Ausbildungsplatz angeboten“, wurde gebrochen. Von der Ausbildungsplatzgarantie hat sich der Bundeskanzler sang- und klanglos verabschiedet. Auch von seiner Bildungsministerin ist nichts zu hören.

Geradezu grotesk ist es, dass die Internet-Seiten der Bundesregierung nach wie vor von einem „Ausbildungsboom“ sprechen. Peinlich ist es, dass die Bundesregierung damit wirbt, wie „gut“ Deutschland in Sachen Ausbildungsplätze sei und welche großartigen Erfolge auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu feiern seien. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Sie ist bitter und gepflastert mit Versäumnissen der Regierung Schröder.

Die Lehrstellenlücke wird bewusst verschwiegen:

- es gibt kein Konzept zur Beseitigung der Lehrstellenlücke;
- in Ostdeutschland droht erneut eine massive Abwanderung junger Leute in den Westen;
- Hauptschülerinnen und Hauptschüler werden von der Bundesregierung regelrecht im Stich gelassen;
- der 1. Ausbildungsstel-

lenmarkt erhält zu wenig Anreize;

■ Bundes- und Landesprogramme sind nicht effektiv genug aufeinander abgestimmt. *Jump* ist kein Allheilmittel und zu wenig effektiv.

Die Bundesregierung ist aufgefordert:

- die Wirtschaft von zusätzlichen finanziellen und bürokratischen Lasten zu befreien, damit die Ausbildungsbereitschaft weiter gestärkt wird.
- die Ausbildungsordnungen zu modernisieren, um diese an den tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft anzupassen;
- neue Berufsbilder zu schaffen auch mit geringen theoretischen Anforderungen und einer zweijährigen Ausbildung bzw. dem Erlass von Ausbildungsordnungen für eine Stufenausbildung;
- Prüfungen in mehreren Abschnitten nach dem Modell des *credit-point-systems* an Hochschulen einzuführen;
- Eine breit angelegte Initiative zur Stärkung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe insbesondere des 1. Ausbildungsstellenmarktes zu starten.

CDU unterstützt die Deutsche Welthungerhilfe

39.002,59 Euro beträgt – ganz genau – die stolze Summe, die die Parteivorsitzende Angela Merkel der Vorsitzenden der Deutschen Welthungerhilfe, Ingeborg Schäuble, hat überreichen können.



Mehrere Hundert Menschen waren seit dem Dezember des letzten Jahres der Bitte der CDU gefolgt, die Spendenaktion der Deutschen Welthungerhilfe „Hilfe für Afghanistan“ zu unterstützen. Angela Merkel zeigte sich erfreut, dass die CDU so viele Bürgerinnen und Bürger mobilisieren konnte, um die Not der Men-

schen in Afghanistan nach Jahrzehnten des Kriegs etwas zu lindern.

**5.000 Familien
mehrere Monate lang
mit Weizen versorgt**

„Die Spenden der CDU-Mitglieder haben wir in un-

serem Nothilfprogramm in den Hochgebirgsregionen in Zentral-Afghanistan verwendet“, erläuterte Ingeborg Schäuble. Gut 5.000 Familien in dem klimatisch benachteiligten Gebiet können damit über mehrere Monate mit Weizen versorgt

werden. „Nach dem Ende der Schreckensherrschaft der Taliban haben die Menschen in Afghanistan zum ersten Mal seit vielen Jahren die Chance auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Bei ihrem Weg in die Zukunft dürfen die Menschen nicht im Stich gelassen werden“, sagte Angela Merkel.

Wären im Freistaat Sachsen jetzt Landtagswahlen, würde die Union ihre absolute Mehrheit ausbauen. Ein ebenso deutliches Bild zeigt die neueste Emnid-Umfrage zur Zustimmung für Sachsens Ministerpräsidenten Georg Milbradt. Laut Emnid rangiert die sächsische CDU bei 57 Prozent der Wählerstim-

Absolute Mehrheit in Sachsen

men. Die PDS, die bei der Bundestagswahl im September 2002 noch mit 16,2 Prozent auf Platz 3 hinter der SPD rangierte, ist nun wieder klar zweite Kraft im Lande. Ihr Wert: 21 Prozent.

Die SPD hingegen fiel ins Bodenlose: von 33,3 Prozent bei der Bundestagswahl auf 13 Prozent bei der aktuellen Umfrage. FDP und Grüne dagegen dürften auch in Zukunft kaum eine Chance haben, im Landesparlament mitzumischen. Die Liberalen erreichen zwei, die Grünen drei Prozent.

WENN AM SONNTAG

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz stattfinden würden, käme die SPD nur noch auf 35 Prozent. Die CDU würde 45 Prozent erreichen – zehn Prozent mehr als bei den Landtagswahlen 2001. Damit hätte die „sozialliberale“ Koalition in Mainz keine Mehrheit mehr; denn auch die FDP müsste Stimmen abgeben – sechs Prozent – und käme nur noch auf sieben Prozent.

IN BRANDENBURG

läge die CDU, wenn in diesem Land jetzt gewählt würde, erstmals seit der Wiedervereinigung mit 36 Prozent vor der SPD, die nur noch 34 Prozent der Wahlstimmen erhalten würde. Für die CDU bedeutet das seit der Landtagswahl 1998 einen Zugewinn von fast zehn Prozent.

IN SACHEN STEUERN

schätzen nach einer Emnid-Umfrage im Dezember 52 Prozent der Befragten die Union kompetenter ein als die regierenden Sozialdemokraten, denen nur noch 27 Prozent Steuersachverständigen zubilligen. Auch bei der Frage, wer die Probleme der Rentenversicherung besser lösen kann, entschieden sich mehr Befragte für CDU und CSU, nämlich 43 Prozent, als für die SPD (35 Prozent).

UM 66,4 PROZENT gegenüber dem Vorjahr ist 2002 die Zahl der Pleiten in Deutschland gestiegen. 82.400 Unternehmen und Privatpersonen haben bis Anfang Dezember einen Insolvenzantrag gestellt, teilte der Verband der Vereine Creditreform mit. Für das Jahr 2003 wird mit einer weiteren Verschlechterung der Situation gerechnet. 680.000 Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf 40 Milliarden Euro.

AUF EIN REKORDTIEF

seit der Wiedervereinigung ist nach einer Erhebung der gesetzlichen Krankenkassen der Krankenstand in Deutschland gesunken. Danach haben Arbeitnehmer im letzten Jahr nur vier Prozent der Sollarbeitszeit krankheitsbedingt nicht geleistet, was einem Durchschnitt von 8,8 verlorenen Arbeitstagen entspricht.

UMSATZEINBUSSEN

der deutschen Autobauer sind die Folge der rot-grünen Pläne einer höheren Besteuerung von Dienstwagen. Audi-Vorstandschef Martin Winterkom: „Selbst wenn die Erhöhung der Dienstwagensteuer nicht kommt – der Schaden ist bereits da.“ Bei einem Anteil von 30 Prozent

– das sind rund 80.000 Firmenwagen – würde die neue Steuer zu jährlichen Verlusten in Höhe von 400 Millionen Euro führen.

HÄRTERE STRAFEN

für Graffiti-Sprähler sieht ein Antrag vor, den die unionsgeführten Bundesländer im Bundesrats eingebracht haben. Ziel ist es, wie der sächsische Justizminister Thomas de Maizière mitteilte, die Strafbarkeit von Wandschmierereien eindeutig festzuschreiben. De Maizière: „Graffiti sind die Vorläufer von weiterer Zerstörung des Eigentums der Bürger und von weiterem Vandalismus in unseren Städten.“

JUGENDLICHE

Straftäter werden in Sachsen-Anhalt künftig konsequenter als bisher verfolgt. Bei einem Anteil dieser Tätergruppe von mehr als 30 Prozent bei allen Straftaten wird es, wie Justizminister Curt Becker mitteilte, keine so genannte Diversion mehr geben – den Verzicht auf Anklage bei Ersttätern.

IN BAYERN

wird am 21. September ein neuer Landtag gewählt. Diesen Termin hat das Landeskabinett auf Vorschlag von Innenminister Günther Beckstein festgelegt. **UID**

Rot-grünes Zuwanderungsgesetz nichtig und kann nicht in Kraft treten

Die CDU nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinem eindeutigen Urteil vom 18. Dezember klargestellt hat, dass das rot-grüne Zuwanderungsgesetz verfassungswidrig zustande gekommen ist.

Damit bestätigt das Bundesverfassungsgericht die Rechtsauffassung der Union. Von Anfang an haben CDU und CSU betont, dass das Zuwanderungsgesetz im Bundesrat nicht nach der Vorschrift des Artikels 51 Absatz 3 unserer Verfassung zustande gekommen ist. Der damals amtierende Bundesratspräsident hat mit seinem verfassungswidrigen Verhalten diesem hohen Amt schweren Schaden zugefügt, weil er den parteipolitischen Auftrag der SPD höher als seine verfassungsgemäße Pflicht gesetzt hat.

Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz ist nichtig und kann nach diesem Urteil nicht in Kraft treten. Die Bundesregierung muss nun ein neues Zuwanderungsgesetz im Bundestag einbringen. Die CDU bietet der rot-grünen Bundesregierung an, im Sinne ihrer Ziele konstruktiv mitzuarbeiten. Es geht um die Zukunft unseres Landes.

struktiv mitzuarbeiten. Es geht um die Zukunft unseres Landes.

■

Deutschland braucht ein Zuwanderungsgesetz, das den berechtigten Interessen unseres Landes dient. Dazu ist insbesondere erforderlich:

■ Das Gesetz muss die Zuwanderung wirksam begrenzen und darf nicht zu einer Erweiterung der Zuwanderung führen. Der Anwerbestopp darf nicht aufgehoben werden.

■ Die Zuwanderung in die Sozialsysteme ist zu reduzieren. Dem Missbrauch des Asylrechts ist konsequent entgegenzutreten.

■ In Anbetracht von mehr als vier Millionen Arbeitslosen kann es Zuwanderung nur für wirklich hochqualifizierte Arbeitskräfte geben, die einen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland leisten können.

■ Das neue Gesetz muss die Integration der bereits rechtmäßig bei uns lebenden Zuwanderer fördern und fördern. Integration muss Vor-

rang vor weiterer Zuwanderung haben.

■ Das Nachzugsalter von Kindern ist herabzusetzen. Die Pisa-Studie hat gezeigt: Ein möglichst früher Spracherwerb ist unerlässlich für eine sichere Zukunftsperspektive ausländischer Kinder in unserem Land.

■ Illegale Zuwanderer dürfen nicht alleine durch Zeitablauf ein Daueraufenthaltsrecht erwerben können.

Die CDU ist immer dafür eingetreten, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist. Wir leisten für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, mehr als viele andere Staaten. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Dies wird aber nur so bleiben können, wenn es gelingt, die Zuwanderung nach Deutschland auf ein verkraftbares Maß zu begrenzen und die hier lebenden Zuwanderer in unsere Gesellschaft zu integrieren.

[http://](http://www.cdu.de/tages-thema/tg181202.htm)

Leitsätze zum Urteil des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts und Pressemitteilung des Gerichts:
www.cdu.de/tages-thema/tg181202.htm

Verfassungsgericht fügt Schröder und Schily **schwere Niederlage** zu

„Heute ist ein guter Tag für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“, sagte die Parteivorsitzende Angela Merkel zum Karlsruher Richterspruch über das rot-grüne Zuwanderungsgesetz. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sei ein „Erfolg für den Rechtsstaat und die Menschen in unserem Land“.

Zugleich wertete Angela Merkel das Urteil als „Absage an willkürliche Manipulationen, wie sie von Herrn

Wowereit auf Geheiß des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder begangen wurden und wie sie in Zukunft nicht mehr möglich“ seien.

Mit seiner Entscheidung habe das höchste deutsche Gericht Kanzler Schröder und Verfassungsminister Schily eine „schwere Niederlage“ zugefügt und sie „scharf“ zurechtgewiesen. Die Oppositionsführerin signalisierte aber auch Verhandlungsbereitschaft. Es sei vollkommen klar, dass die Union ein Zuwanderungsgesetz

will, das Zuwanderung wirksam bekämpft und die Integration fördert.

Die Parteivorsitzende betonte weiter, es sei bedauerlich, dass Rot-Grün bei einem solch wichtigen Gesetz auf den gesamtgesellschaftlichen Konsens zu Gunsten von bloßer Parteitaktik verzichtet habe. Wenn sich der Kanzler an Recht und Gesetz gehalten hätte, hätte am 1. Januar 2003 ein Zuwanderungsgesetz in Deutschland in Kraft treten können.

PETER PAZIOREK:

Durcheinander beim Pfandpfand **beenden**

Zu der seit Jahresbeginn geltenden Pfandpflicht für Ein-Weg-Getränkeverpackungen erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Eine Novellierung der geltenden Verpackungsverordnung (VerpackV) ist unverzichtbar. Ökologisch verträgliche Verpackungen (z.B. Kartonverpackungen) dürfen zukünftig nicht mit einem Pfand belegt werden. Dies ist bei der Fortgeltung

der VerpackV zu befürchten. Die Aufrechterhaltung statischer Verwertungsquoten aus dem Jahr 1991 ist im Jahre 2003 ein Anachronismus und eine Belastung ökologisch verträglicher Verpackungen und somit umweltpolitisch unsinnig.

Die Verwirrung ums Dosenpfand fordert geradezu die Novellierung der VerpackV, die ohne rot-grünes ideologisches Scheuklappen denken moderne und in-

novative Erkenntnisse einbezieht und die Belange von Verbrauchern, Dosenherstellern und Handel berücksichtigen muss.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erinnert noch einmal an das Gutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), das die Einführung des Zwangspfandes als ökologisch zweifelhaft und mit erheblichen, nicht zu rechtfertigenden Zusatzkosten bewertet.

ANGELA MERKEL:

Bernhard Vogel – Behutsamkeit ist seine Stärke

Bernhard Vogel ist am 19. Dezember 70 Jahre alt geworden. Die herzlichen Glückwünsche der CDU Deutschlands, wie auch meine persönlichen, gelten einer Ausnahmeerscheinung unter deutschen Politikern.

Bernhard Vogel ist der einzige Regierungschef in Deutschland, der Ministerpräsident in zwei Bundesländern war bzw. ist: Nach 17 Jahren in Rheinland-Pfalz steht er seit 1992 an der Spitze der thüringischen Landesregierung. Und er ist der Ministerpräsident in der deutschen Nachkriegsgeschichte, der mittlerweile über die längste Amtserfah-



rung verfügt. Bernhard Vogel ist ein Meister der leisen Töne. Behutsamkeit ist seine Stärke. Er verfügt über einen scharfen Intellekt und eine vielseitige Bildung. Nicht der schnelle Erfolg, sondern die nachhaltige Wirkung ist sein Ziel.

Geprägt vom liberalen Geist seines Lehrers Dolf Sternberger und fest verankert in seinem katholischen Glauben, ist er den Irrungen und Wirrungen mancher Entwicklung unserer Zeit gegenüber resistent.

Die Programmatik der CDU in vielen Jahrzehnten hat er wesentlich mit geprägt. Er hat aber auch im schwierigen Umfeld vorgeführt, wie Mehrheiten zu gewinnen sind. Er repräsentiert eine liberal-konservative Politik, der innere Glaubwürdigkeit bescheinigt werden kann. Dem entspricht sein Motto: „Was du tust, das tue klug und bedenke das Ende“.

Maria Meuser aus Elsdorf für ihre engagierte Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft psychisch Kranker und Errika Ploenes aus Bedburg als Initiatorin der Seniorengemeinschaft Lipp sind die beiden Träger des Bürgerpreises 2002 der CDU Erfkreis.

Kreisvorsitzender Michael Breuer gratulierte den beiden Frauen und dankte ihnen mit einem kleinen Geschenk als Anerkennung für ihre ehrenamtliche Leistung.



BÜRGERSCHAFTSWAHL AM 25. MAI

Auf der **Kandidatenliste** dominieren Frauen und Jugend



Foto: Frank Osszenbrink

Finanzsenator Hartmut Perschau bei g e h e i m e r Wahl einstimmig zum Spitzenkandidaten. Neben den erfolgreichen Senatoren Hartmut Perschau, Josef

Bernd Neumann: „Auf den aussichtsreichen Plätzen 1 bis 35 beträgt der Frauenanteil 40 Prozent. Das ist in der CDU Deutschlands im Hinblick auf die Repräsentanz von Frauen in Bundestag und Landtagen einmalig. Fünfzehn KandidatenInnen sind im Alter bis 39 Jahre, davon wieder neun bis 35 Jahre, also im Alter der Jungen Union. Auf der Liste der Bremer SPD befinden sich dagegen nur vier Kandidaten unter 39 auf aussichtsreichen Plätzen.“

Der Landesverband Bremen hat auf einem Parteitag seine Kandidatenliste beschlossen und die personellen Weichen für die Bürgerschaftswahl am 25. Mai gestellt.

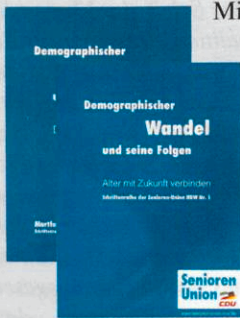
Die rund 100 Delegierten wählten Bürgermeister und

Hattig und Kuno Böse befinden sich der Fraktionsvorsitzende Jens Eckhoff und die 29jährige Catrin Hannken in der Spitzengruppe der Liste für die Bürgerschaftswahl.

Zu den Personalentscheidungen erklärte Landeschef

Senatoren und Fraktion haben gut gearbeitet

In dem derzeit für die CDU hervorragenden politischen Klima sieht Bernd Neumann eine günstige Ausgangslage für die Bürgerschaftswahl im Mai nächsten Jahres. Die gibt in Verbindung mit der guten Arbeit von Senatoren und Fraktion sowie mit dem attraktiven Kandidatenangebot zur berechtigten Hoffnung Anlass, dass man erneut ein ausgezeichnetes Ergebnis erreichen wird. **UD**



Mit einer neuen Schriftenreihe macht die Senioren-Union auf sich aufmerksam: Mit zwei Ausgaben zum „Demographischen Wandel und seinen Folgen“ wird ein Thema besetzt, mit dem die CDU sicher auch bei solchen auf Interesse stoßen wird, die nicht unbedingt zu den Anhängern der Partei gehören. **Bestellungen:**

Senioren-Union der CDU NRW, Wasserstr. 5, 4012 Düsseldorf, **Telefon 0211/136 00-0, Fax 136 00-54**



JAHRESWECHSEL

Auf Teufel komm raus abgezockt – und die Wut wächst

Jawoll, jetzt geht's uns richtig ans Portemonnaie. Rauschen wird teurer, weil die Regierung Geld braucht für ihr Anti-Terror-Programm. Autofahren kostet mehr wegen der Ökosteuern. Das Dosenpfand ist eingeführt, und das Chaos regiert. Aus der Rürup-Kommission sickert durch: Die Krankenkassen sollen künftig nicht mehr die Zahnbehandlungs-Kosten bezahlen. Viele schlaue Menschen haben noch mehr kluge Ideen. Dumm nur: Alle gehen auf unsere Kosten. Der Eindruck verfestigt sich: Wir werden auf Teufel komm heraus abgezockt. Weil der Griff in unsere Taschen die einfachste Lösung ist. Einfalllos ist das! Der Erfolg der Steuersongs ist ein Ventil für die wachsende Wut. Wie lange noch? Wir haben immer weniger Geld in den Taschen. Mehr Gehalt? Ach was! Es wird Tariferhöhun-

gen geben, die gerade mal die erwartete Inflation ausgleichen. Das Schlimme ist: Keiner weiß, was sich diese Regierung noch einfallen lässt. Keiner kann sicher sein, dass unser Geld gut angelegt ist. Keiner weiß, welche Löcher sich morgen oder übermorgen über übermorgen auftun.

Volksstimme, Magdeburg

ZUWANDERUNG

Schallende Ohrfeige für Schröder

Wenn Urteilssprüche wehtun würden, dann hätte Gerhard Schröder laut aufschreien müssen. Denn was der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts ihm in Sachen Zuwanderungsgesetz auf den Weg mit gab, war eine schallende Ohrfeige. Ja, für ihn, den Kanzler, nicht für den damaligen Bundesratspräsidenten Wowereit, obwohl dessen Handeln in der Sitzung am 22. März ausdrücklich gerügt wird. Wowereit, der Regierungschef eines armen und

vom Wohlwollen der Bundesregierung abhängigen Landes, konnte ja wohl nicht anders, als das von seinem Parteifreund Schröder ausgeheckte Verfahren unterstützen. Die Richter haben, so viel ist klar, mit Wowereit den Sack geschlagen, und in Wirklichkeit den Esel gemeint. Dass Schröder nicht wie ein Husar durch die Verfassungswirklichkeit hätte durchpreschen sollen, hat er nun schriftlich.

Der Tagesspiegel

Einem überzeugten Demokraten konnte schlecht werden

Dieses Urteil ist ein schmerzhafter Schuss ins Kontor der Koalition. Und er trifft die rot-grünen Partner an der richtigen Stelle. Unter tätiger Mithilfe des damaligen Bundesratspräsidenten Wowereit hat diese Bundesregierung mit ihrem Verhalten in der Länderkammer ihr eigenes Zuwanderungsgesetz derart desavouiert, dass dafür ein belohnendes Ja aus Karlsruhe äußerst problematisch geworden wäre. Da

Gründungsjahr 1000

sprach der Kanzler samt seinem Bundesinnenminister monatlang von einem Jahrhundertprojekt, da schienen das Wohl und das Wehe unserer Gesellschaft, ja deren Überlebensfähigkeit an diesem einen großen Gesetzesvorhaben zu hängen – und dann mogelt sich Rot-Grün so verstohlen und verbogen durch die Länderkammer, dass einem überzeugten Demokraten beim puren Anblick schlecht werden konnte. Stuttgarter Zeitung

DOSENPFAND

Nach Niederlage im Bundesrat für Trittin eine Machtfrage

Das Prognos-Institut und der Sachverständigenrat für Umweltfragen bezweifelt bis heute, dass die Mehrwegquote durch das Einwegpfand stabilisiert wird. Aber darauf kommt es offenbar längst nicht mehr an. Spätestens seit der Niederlage im Bundesrat ist für Trittin aus einem umweltpolitischen Projekt eine

Machtfrage geworden. Wer ist stärker: Ich oder die Dosenlobby? Trittin hat diesen Kampf für sich entschieden – nicht zuletzt mit Hilfe der Umweltverbände, die für die Grünen ebenso zum verlängerten Arm der Politik geworden sind wie die Gewerkschaften für die SPD. Die Leidtragenden sind die Verbraucher.

Frankfurter Allgemeine

Normalverbrauchern nicht zu vermitteln

In der Diskussion um das Dosenpfand kommt neben der Sturheit ein weiterer deutscher Wesenszug zum Ausdruck: Alles muss genauestens geregelt werden. Auf diese Weise entsprechen die Dosenpfand-Bestimmungen den 1000 Verästelungen und Fußnoten der Riesterrente. Da hat das Trittin-Ministerium sich selbst übertroffen! Weshalb die Cola-Rum-Dose einer anderen Pfandregelung unterliegt als eine normale Cola-Dose ist dem Normalverbraucher nicht zu vermitteln. Aachener Zeitung

TRANSRAPID

Viele Kritiker hätten gern einem Begräbnis beigewohnt

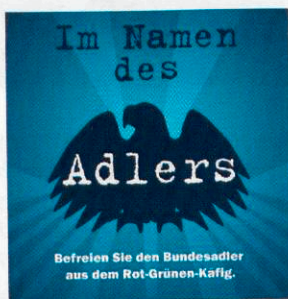
Das ehrgeizige Projekt war nahe davor, als Milliarden-Grab zugeschaufelt zu werden. Und viele Kritiker hätten diesem Begräbnis gern beigewohnt. Dass gerade die Chinesen dem Todgeweihten neues Leben eingehaucht haben, mag beschämen. Denn das schier endlose Gezerre um eine Transrapid-Verbindung zwischen Berlin und Hamburg, die letztlich verworfen wurde, offenbart ein typisch deutsches Problem: Zuerst wird gefragt, warum etwas nicht geht. Zwei Chancen hat er noch im eigenen Land. Im Ruhrgebiet als Metrorapid und in München als flinker Flughafen-Zubringer könnte er Verkehrsplaner aus aller Herren Länder stauen machen. Und von deren Kauf-Interesse hängen schließlich deutsche Arbeitsplätze ab.

Mitteldeutsche Zeitung

Die Aktionswoche im Internet

Die bundesweite Aktionswoche wird auch im Internet begleitet. Wie bereits im Bundestagswahlkampf bewährt, werden alle Materialien online zur Verfügung gestellt.

Die Kampagnenplattform ist aufgeteilt in einen öffentlichen und einen internen Bereich. Im internen Bereich werden vor allem Materialien für örtliche Veranstaltungen bereitgehalten. Schon jetzt sei ausdrücklich auf Argu-Karten, Aktionsvorschläge und Musterreden verwiesen. Diese Inhalte werden in den kommenden Tagen ständig ausgebaut. Den Zugang finden Sie auf der Homepage der CDU oder direkt unter www.cdunet.de.



Online-Spiel: Im Namen des Adlers

Neu auf der Kampagnenplattform ist das eigens für diesen Anlass entwickelte Online-Spiel „Im Namen des Adlers“.

Der Sinn des Spiels ist schnell erklärt. Mit schlecht ausgearbeiteten Gesetzen, Steuererhöhungen und un-

IHRE AKTION Auf der Kampagnenseite halten wir auch Aktionsvorschläge für Sie bereit. Möglichkeiten für Besuche im örtlichen Arbeitssamt, Pressegespräche, Zielgruppenansprachen und vieles mehr wird erläutert. Aber wir würden auch gerne wissen, wie Ihre Aktion aussieht? Schicken Sie uns eine kurze Notiz über die Planungen oder erfolgreichen Aktivitäten Ihres Verbandes an cdunet@cdunet.de. Wir werden die Anregungen dann veröffentlichen.

nötigen Verordnungen festsetzt rot-grüne Politik den Bundesadler. Aufgabe der Spieler ist es, den Adler zu befreien. Dazu muss man Stimmen für die CDU sammeln, den Schlüssel zum Adler-Käfig finden und ihn von seinen Ketten befreien. Erst dann kann es mit Deutschland wieder aufwärts gehen. Immer daran denken: Je mehr SPD, umso schlechter geht es dem Adler. Also los!

Es ist nicht mehr zu ertragen!



Plakat

„Es ist nicht mehr zu ertragen“

DIN A 1

Bestell-Nummer: **7009**

Preis je **50 Stück: 19,00 €**

inkl. MwSt.: 22,40 €

DIN A 0

Bestell-Nummer: **7010**

Preis je **50 Stück: 28,75 €**

inkl. MwSt.: 33,35 €

Broschüre „Das kostet Sie Rot-Grün“

Bestell-Nummer: **5999**

Preis je **100 Stück: 13,50 €**

inkl. MwSt.: 19,95 €



NEU: Aktionszeitung – unsere Antwort auf das Versagen von Rot-Grün

Die bundesweite Kampagne, die der Generalsekretär eingeläutet hat (Seite 1 und 2), drückt das vernichtende Urteil der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes aus: Rot-Grün kann es nicht!

Wie groß das Versagen der Schröder-Regierung nur ein Vierteljahr nach der Bundestagswahl ist, steht in einer Zeitung, die speziell für die Aktionswoche vom 25. Januar bis zum 1.

Februar gemacht ist und mit einer modernen Aufmachung einen attraktiven Weg der politischen Information einschlägt.

Wichtig für alle, die sich mit unserer neuen Aktionszeitung an der Januar-Kampagne beteiligen: Das Magazin enthält vor allem die Antworten und Konzepte, mit denen die Union die Chancen für eine bessere Politik in Deutschland nutzen will.



Aufkleber „Rot-Grün macht sauer!“

55 mm x 40 mm

Bestell-Nummer: **9994**

Preis je **100 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Postkarten

„Mensch ärgert sich!“

„So bedankt sich Rot-Grün bei den Wählern.“

„Ich verspreche Ihnen, das ist ein Apfel!“

Bestell-Nummern: **9995/9996/9997**

Preis je **100 Stück: 5,25 €**

inkl. MwSt.: 6,10 €



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH

– IS-Versandzentrum –

Postfach 1162,33759 Versmold

Telefax 05241-804 1892

e-mail:

cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.



Plakat

„Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht“

DIN A1

Bestell-Nummer: 7987

Preis je 50 Stück: 25,00 €

inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0

Bestell-Nummer: 7988

Preis je

50 Stück: 37,50 €

inkl. MwSt.: 43,50 €



Klappkarte

„Steuererhöhungen ziehen wir nicht in Betracht“

Bestell-Nummer:

9985

Preis je 100 Stück:

20,00 €

inkl. MwSt.: 21,40 €



Broschüre

„Kabinett Schröder“

Bestell-Nummer: 5990

Preis je 25 Stück: 9,50 €

inkl. MwSt.: 10,17 €



Leporello „Willkommen in der CDU.“

Bestell-Nummer: 5932

Preis je 100 Stück: 16,50 €

inkl. MwSt.: 17,66 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Es ist nicht mehr zu ertragen!



Besser für die Menschen. **CDU**

www.Wahl-Datency.de

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.